



Reinhold Pix
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-626
Telefax (0711) 2063-14-626
reinhold.pix@gruene.landtag-bw.de
www.reinhold-pix.de

Stuttgart, den 22. Januar 2015

Tierschutztreffen der Fraktion GRÜNE im Landtag am 14.10.2014, 18-20.30 Uhr

Moderation: Reinhold Pix MdL, Protokoll: Hanne Niebuhr

I. Tierversuche/Tierverbrauch

1. Missstände in der Primatenforschung in Tübingen

Im September brachte Stern-TV Filmsequenzen aus dem Tübinger Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik. Die Aufnahmen zeigen die Qualen der Tiere und verlangen nach Aufklärung. Das Institut selbst räumt keine Missstände ein und lässt Prüfer nur aus den eigenen Reihen kommen.

Die zuständigen Ministerien und das Regierungspräsidium haben sofort Schritte eingeleitet und gehen den Vorwürfen nach. Ein erster Rücklauf zu einem umfangreichen Fragenkatalog ist mittlerweile eingegangen. Es wird daraus ersichtlich, dass nicht alle Nebenbestimmungen der Versuchsgenehmigung eingehalten wurden. Da die Prüfungen noch nicht abgeschlossen sind, können die notwendigen Schritte noch nicht benannt werden.

In der Diskussion wird beklagt, dass die zuständigen Ministerien für Ländlichen Raum und Wissenschaft zu den Vorgängen schweigen. Die Äußerungen des Tübinger OBs Boris Palmers pro Affenversuche werden als unerträglich bezeichnet. Sie bedeuten anscheinend keinen Tabubruch bei den Grünen. Reinhold Pix betont, dass Palmer in keinsten Weise die Stimme der Grünen sei, auch er sei verärgert über die Haltung Palmers. In ihrer Pressemitteilung betont die Grünen-Landesvorsitzende Thekla Walker, dass die Grünen Tierversuche ablehnen und sich - wo immer möglich - für Alternativmethoden einsetzen: „Im 21. Jahrhundert gibt es andere Möglichkeiten. Niemand muss mehr Köpfe aufsagen, um reinzusehen.“

Die GRÜNEN-LAG Tierschutzpolitik hat einen Antrag zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz im November in Tuttlingen eingereicht: „Invasive Neurokognitionsexperimente an Makaken schneller überwinden“. Es soll erreicht werden, dass die Genehmigungsvoraussetzungen enger gefasst, die Tiere entlastet werden und letztlich ein Ende derartiger Tierversuche daraus resultiert. Der Antrag findet sich im Anhang.

Renate Rastätter weist auf das Human Brain Project des Helmholtz-Zentrums hin. Mit EU-Förderung in Milliardenhöhe wird das menschliche Gehirn simuliert. Auf deren Website heißt es: „Ziel des Projektes ist es, das Gehirn mit all seinen Bausteinen nachzuahmen, um seine Funktionen besser zu verstehen und die Diagnose und Behandlung von Krankheiten voranzutreiben.“ http://www.helmholtz.de/presse/presseinformationen/artikel/artikeldetail/human_brain_test_bild/

Auch die Max-Planck-Gesellschaft bemühe sich mittlerweile um Beteiligung am Projekt, ein Eingeständnis der Erfolglosigkeit von Affenversuchen.

Aktuelle Stellungnahmen aufgrund des Undercover-Berichts in Stern TV

1. Pressemitteilung der GRÜNEN-Landesvorsitzenden Thekla Walker:

<http://www.gruene-bw.de/themen/verbraucherschutz-agrar/news/article/die-bilder-von-tierversuchen-an-affen-verlangen-nach-aufklaerung-und-konsequenzen/>

2. Pressemitteilung der Tübinger GRÜNEN-Abgeordneten MdB Chris Kühn und MdL Daniel Lede Abal:

<http://ledeabal.de/wahlkreis/tuebingen/tierversuche-lueckenlose-aufklaerung>

3. Pressemitteilung der Landestierschutzbeauftragten Dr. Cornelia Jäger: <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unser-service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/hochgradige-belastung-der-affen-bei-neurokognitionsexperimenten-endlich-richtig-bewerten/>

2. Abgeordnetenbrief Reinhold Pix an das Ministerium für Ländlichen Raum und an das Wissenschaftsministerium: „Tierversuche / Tierverbrauch im Studium“

Der Landestierschutzbeirat hat in seiner Sitzung im März 2014 per Beschluss die Landesregierung gebeten, den Universitäten u.a. akademischen Ausbildungsstätten zu empfehlen, keine Tiere im Studium zu verwenden, die ausschließlich für den Einsatz in Lehrveranstaltungen gezüchtet, gehalten und getötet werden. Reinhold Pix hat nachgefragt, ob bzw. inwieweit der Beschluss bereits umgesetzt wird. Da bisher keine Antwort der Ministerien MWK und MLR vorliegt, wird der Punkt vertagt.

3. Renate Rastätter/LAG GRÜNE: Fachgespräch „Kein Tierverbrauch im Studium“

Am 9.12.2014 veranstaltet die LAG Tierschutzpolitik ein Fachgespräch "Tierversuche/ Tierverbrauch in Forschung und Lehre". Beginn wird 17:30 oder 18:00 Uhr sein, der Ort steht noch nicht fest. Als ReferentInnen wurden gewonnen: Prof. Dr. Leist, Stiftungsprofessur für Alternativen zu Tierversuchen Uni Konstanz, Frau Dr. Gruhl, KIT Karlsruhe und Dr. Schmid, Uni Jena, Vorstand Menschen für Tierrechte (MfT).

4. Anfrage A. Salomon (GRÜNE) ans Wissenschaftsministerium: „Geplante Tierversuchslabore an der Universität Hohenheim“

An der Uni Stuttgart-Hohenheim werden neue Tierversuchslabore geplant. Alexander Salomon hat im Wissenschaftsministerium angefragt, welche Forschungen geplant sind, wie viele und welche Tiere einbezogen werden sollen und welchen Zwecken die Forschungen dienen. Die Antwort des Ministeriums ist dem Protokoll beigelegt.

II. Wildtiere

1. Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG)

Am 7.10. fand im Landtag eine öffentliche Anhörung mit allen beteiligten Verbänden statt. Sie zeigte: Der Frieden zwischen Jägern, Natur- und Tierschützern bleibt ein frommer Wunsch. Alle Verbände forderten Nachbesserungen – in die eine oder in die entgegengesetzte Richtung. Dies spiegelte, so Reinhold Pix, dass der Gesetzentwurf ein Werk mit vielen Kompromissen zwischen den Beteiligten sowie den Koalitionspartnern SPD und Grüne sei. Er berichtet über noch strittige Fragen und die aufwändigen Verhandlungen. Hauptkritikpunkt der konventionellen Jägerschaft sei, dass Wildarten auf der fachlichen Basis eines Wildtierberichts aus dem Jagdrecht herausgenommen werden können und somit die Bejagung gestoppt wird. Die Jäger sehen hier ihr Eigentumsrecht beschnitten.

Der Entwurf des neuen JWMG Baden-Württembergs befindet sich aktuell im parlamentarischen Verfahren. Noch im November soll es beschlossen werden. Im bundesweiten NABU-Ranking heißt es dazu: "Das Landesjagd- und Wildtiermanagementgesetz könnte das derzeit beste Jagdgesetz in Deutschland werden." NABU-Landesvorsitzender Andre Baumann äußert: "Wenn die Naturschutzverwaltung gestärkt wird und es... keine weiteren Verwässerungen des Gesetzentwurfs gibt, hätte Baden-Württemberg gute Chancen, in Sachen Jagdgesetzgebung Deutscher Meister zu werden."

2. Matthias Gastel MdB GRÜNE: Bundestags-Anfrage „Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Wildtierunfälle“

Beim letzten Tierschutztreffen wurde über Wildschutz mittels Duftstoffen gesprochen. Matthias Gastel, GRÜNE im Bundestag, haben nun zu den möglichen Maßnahmen des Wildtierschutzes eine Anfrage gestellt. Die Antwort der Bundesregierung (s. Anhang) zeigt, dass das Problem aus rein anthropozentrischer Sicht betrachtet wird. Weder das Leiden der Wildtiere noch die Zerschneidung der Lebensräume unserer heimischen Wildtiere werden in der Stellungnahme thematisiert. Aus Zeitgründen konnte dieser Punkt nicht weiter erörtert werden.

III. Weitere Themen

1. Bericht Dr. Cornelia Jäger: Gründung des Tierschutzsozial- und Notfallfonds e.V.

Die Erfahrungen als Landesbeauftragte für Tierschutz haben in den vergangenen zwei Jahren wiederholt gezeigt, dass manchmal unbürokratische Hilfe mit z.T. kleinen Geldbeträgen ziemlich effektiv sein kann. Da geht es z.B. um die Übernahme der Impfkosten für ein Tier, das in geeignete Verhältnisse vermittelt werden soll, andere tierärztliche Maßnahmen oder auch mal um die Kosten für eine vorübergehende Ersatzvornahme (Fütterung und Wasserversorgung durch Dritte). Immer wieder einmal scheint es zu klemmen, wenn man kurzfristig eine Situation zum Wohle der Tiere unbürokratisch lösen möchte. Um diesem Engpass begegnen zu können, wurde nun ein Tierschutzsozial- und -notfallfonds e.V. gegründet. (Satzungsentwurf s. Anhang)

1. Bundesratsinitiative des Saarlands: Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht von Hunden und Katzen

Das Saarland plant eine Bundesratsinitiative zur Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen und bat Minister Bonde um Unterstützung. Derzeit wird der Kabinettsbeschluss noch im Ministerium erarbeitet. Damit ließen sich Fundtiere schnell den Haltern und Halterinnen zuordnen, Tiere würden seltener ausgesetzt und Tierheime entlastet. Die Kosten pro Tier liegen bei 10-20 € pro Tier. Dr. Jäger und das MLR versichern, dass die Unterstützungsbereitschaft Baden-Württembergs groß sei, der Bundesrat hatte eine entsprechende Forderung bereits im Beschluss zum Entwurf des Tierschutzgesetzes.

IV. Sonstige Anliegen

1. Frau Reithinger, PETA: Pilotprojekt Saufang Baden-Baden

Ab Spätherbst 2014 soll im Stadtwald von Baden-Baden mittels zweier Saufänge Jagd auf Wildschweine gemacht werden. Hierzu werden die Tiere in Gatter gelockt und anschließend erschossen. Grundsätzlich ist diese Methode verboten. Begründet wird der genehmigte Versuch mit der Erfordernis, jagdliche Erfahrungen mit steigender Schwarzwildpopulation in schwierigem Gelände zu sammeln.

PETA Deutschland bittet in einem Brief an die Oberbürgermeisterin der Stadt um den Abbruch des Vorhabens: „Panik, Leid und Verletzungen der Tiere sind bei derartigen Jagdmethoden in der Regel vorprogrammiert“. Nachdem Tierschutz und Jägerschaft gleichermaßen diese Methode ablehnen, wird es nun am 20.10. auf der Tagesordnung des Baden-Badener Gemeinderats stehen.

2. Frau Slany: Nutztierhaltungsverordnung auch für Rinder erforderlich

Für Kälber, Schweine, Legehennen, Masthühnern, Pelztieren und neuerdings auch Kaninchen gibt es bundesweite Haltungsverordnungen. Die allgemeinen Anforderungen regeln, dass Tiere nur in Einrichtungen gehalten werden, die die Gesundheit der Tiere nicht gefährden, jedes Tier ausreichend Futter, Wasser, Licht und Schutz vor Witterung und Gefahren erhält. Abgesehen davon, dass es in der Praxis leider häufig anders aussieht, fehlen für Rinder weitergehende detaillierte Bestimmungen. Frau Slany regt an, dass sich das Land für die Erarbeitung auf Bundesebene einsetzen sollte. Reinhold Pix sagt zu, diese Anliegen an den für Landwirtschaft zuständigen GRÜNEN-Fachabgeordneten Martin Hahn weiterzureichen.

3. Sylvia Schürfeld: Aufklärungsbuch der IG Staffordshire&Co.

Der Verein SOKA RUN e.V. setzt sich für die Abschaffung der sog. Hundelisten ein. Frau Schürfeld trug ihr Anliegen vor und überreichte Frau Dr. Jäger und Herrn Pix je ein Exemplar des Buchs „Listenhunde - wie sie wirklich sind“.

Sie ließ uns ihr Anliegen schriftlich zukommen: "Die IG Staffordshire & Co. ist eine Gemeinschaft, die sich über Facebook organisiert mit dem Ziel, sich für Listenhunde zu engagieren, Aufklärungsarbeit zu leisten und insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Gesetzgebung in Richtung "Halterkunde statt Rasseliste" überarbeitet wird (z.B. nach dem Vorbild Niedersachsens). Das Aufklärungsbuch der IG "Listenhunde - wie sie wirklich sind" wurde 2014 erarbeitet und in kleiner Auflage gedruckt.

In dem Buch kommen Wissenschaftler - Kynologen und Ethologen -, Tierheime, Vereine, Züchter und Hundetrainer zu Wort - Menschen mit großem Fachwissen und Erfahrung zum Thema Listenhunde. Die Urheberin des Buchprojektes möchte über engagierte Sponsoren erreichen, dass diese Informationsquelle möglichst vielen politischen Mandats- und Entscheidungsträgern in der ganzen Bundesrepublik zugestellt wird. Die Facebook-Seiten der IG : www.facebook.com/IgStaffordshireUndCo,
www.facebook.com/events/1486199481628592/ (Aufklärungsbuch-Kampagne),
Per E-Mail : igstaffordshireundco@web.de .

Das nächste Tierschutztreffen findet statt am Dienstag, 03.02.2015, Beginn 18 Uhr